Schwarz-Gelb kürzt bei der Integrationspolitik

Weniger Chancen statt besserer Integration

Die schwarz-gelbe Bundesregierung redet von Integration und veranstaltet öffentlichkeitswirksame Integrationsgipfel. Doch das Handeln von Union und FDP sieht anders aus: Statt Integration voranzubringen, kürzt Schwarz-Gelb im Bundeshaushalt bei der Integrationspolitik und hält unbeirrt an zentralen Integrationshemmnissen fest.

Vernachlässigung der frühkindlichen Bildung
Der frühe Besuch einer Krippe hat besonders für Kinder aus Migrantenfamilien einen erheblichen positiven Einfluss auf den späteren Bildungserfolg. Doch die Union plant ein integrationsfeindliches Betreuungsgeld, das Kinder aus Kitas fernhält. Außerdem gefährdet Schwarz-Gelb durch Untätigkeit die Umsetzung des von der SPD durchgesetzten Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung für Unterdreijährige ab 2013.

Die katastrophale Situation der Kommunalfinanzen und die steigende Nachfrage nach Krippenplätzen erfordern ein Nachsteuern bei der Finanzierung des Krippenausbaus. Die SPD fordert einen Gipfel aller staatlichen Ebenen zum Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Union und FDP lassen sowohl Eltern als auch Kommunen im Regen stehen und handeln damit integrationspolitisch unverantwortlich.

Vernachlässigung von Schulsozialarbeit und Schüler-BAföG
Wer eine erfolgreiche Integration durch Bildung will, der darf nicht erst am Abitur ansetzen. Die entscheidenden Weichen liegen vorher in der Schulbiografie – und hier hat diese Bundesregierung bisher versagt: Als die SPD-Länder auf dem ersten Bildungsgipfel 2008 in Dresden dem Bund vorschlugen, gemeinsam einen flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit zur Unterstützung der Schulen auch in ihren integrationspolitischen Zielen zu leisten, war es Annette Schavan, die das rundweg ablehnte. Zweitens hat Schavan bisher auch die SPD-Forderung abgelehnt, flächendeckend ein bedarfsabhängiges Schüler-BAföG für alle Oberstufenschülerinnen und -schüler einzuführen. Auch hier lässt Schwarz-Gelb Chancen ungenutzt, insbesondere mehr Menschen mit Migrationshintergrund eine erfolgreiche Bildungsteilhabe zu ermöglichen.

Kürzung bei der Förderung von Ausbildungschancen
Nach wie vor besteht erheblicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund. Aber die Bundesregierung kürzt im Bundeshaushalt 2011 bei der Berufsorientierung und bei der Ausbildungsförderung und trifft damit gerade auch Migrantinnen und Migranten. Allein beim Bundesbildungsministerium werden 30 Millionen Euro zur Sicherung von Ausbildung in der Krise und in strukturschwachen Regionen gestrichen. Auch die Maßnahmen zur Berufsorientierung werden im Schavan-Haushalt um über 30 Millionen Euro gekürzt. Diverse Ausbildungsprogramme des Bildungsministeriums müssen bluten.

Vernachlässigung der Nachqualifizierung
Die Förderung der Nachqualifizierung von Migrantinnen und Migranten ohne Schul- oder Berufsabschluss ist ein zentraler Integrationsansatz. Aber die Bundesregierung verweigert sich der SPD-Forderung nach einer gesetzlichen Ausbildungsgarantie und plant, den von uns eingeführten Rechtsanspruch auf Förderung zum Nachholen des Schulabschlusses durch eine Ermessensleistung zu ersetzen. Ziel: sparen.

Kürzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik
Die Bundesregierung konterkariert die Integration in gute Arbeit, in dem sie die aktive Arbeitsförderung drastisch reduziert. Allein 2011 sollen 2 Milliarden Euro im Bundeshaushalt sowie im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit gestrichen werden. Betroffen wären auch Bildungsleistungen in der Arbeitsmarktpolitik, darunter die Berufsausbildungsbeihilfe, die Förderung berufsvorbereitender Maßnahmen, die Unterstützung des nachträglichen Erwerbs des Hauptschulabschlusses oder das Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

Integration ist in Deutschland an ganz vielen Stellen gelungen und trotzdem bleibt viel zu tun. Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die Bereitschaft aller, aufeinander zuzugehen und sich gegenseitig zu akzeptieren.

Ohne Einwanderung wird unser Land mittelfristig auf die Verliererstraße kommen. Unsere Volkswirtschaft, der Bevölkerungswandel, auch die Finanzierung unseres Sozialstaats hängen maßgeblich von der Frage ab, ob Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen, hier arbeiten wollen, Steuern und Abgaben zahlen.

Stillstand bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse
Die bessere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse ist ein Schlüssel zur besseren Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten. Ein Anerkennungsgesetz ist längst überfällig. Doch Ministerin Schavan hat bislang nur Eckpunkte vorgelegt. Eine Gesetzesinitiative hatte sie eigentlich bis zur Sommerpause 2010 versprochen. Nun ist Herbst – und das Kabinett hat noch immer keinen Gesetzentwurf beschlossen. Stattdessen übt sich Ministerin Schavan erneut im Ankündigen – und versprich einen Kabinettbeschluss für Dezember. Gleichzeitig werden die entsprechenden Gelder beim federführenden Bundesbildungsministerium im Haushaltsentwurf 2011 gekürzt.

Vernachlässigung der Integrationskurse und der Migrantenberatung
Die Mittel für Integrationskurse müssten dringend aufgestockt werden. Doch die Mittel im Haushalt 2011 stagnieren, obwohl dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schon 2010 aus dem laufenden Haushalt 15 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden mussten. Auch das reichte nicht. Teilnehmer ohne gesetzlichen Anspruch müssen derzeit mindestens drei Monate auf einen Kurs warten. Es ist völlig unverständlich, warum Kanzlerin Merkel erst in fünf Jahren allen einen Platz in einem Integrationskurs zur Verfügung stellen will.

Die Union kritisiert Integrationsverweigerung, stellt aber nicht das Geld zur Verfügung, integrationswillige Migranten zügig in einen Sprachkurs zu vermitteln. Das ist mehr als scheinheilig.

Kürzung bei der Integration vor Ort
Die Mittel zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Stadtumbau, Stadtentwicklung, Soziale Stadt) werden massiv gekürzt. Das Programm „Soziale Stadt“ soll „auf die investiven Aufgaben konzentriert werden.“ Mit anderen Worten: Gerade die integrationspolitisch besonders relevanten Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lebenslagen in den Städten (z. B. Initiativen für Bildung, Beschäf-

tigung und Integration) sollen gestrichen werden. Die Kürzungen werden voll durchschlagen auf die Aufwertung von Stadtteilen und Wohnbezirken, in denen Integrationsprobleme auftreten.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen daher die permanente Unterteilung in „Ihr und Wir" überwinden.

Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft
Seit 2008 werden zahlreiche in Deutschland geborene Kinder optionspflichtig. Wir setzen uns für doppelte Staatsbürgerschaft ein. Die Bundesregierung hat lediglich angekündigt, die Erfahrungen mit der Optionspflicht zu evaluieren. Änderungen sind von der Bundesregierung nicht zu erwarten.

Ablehnung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer
Wir fordern die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten, die seit mindestens 6 Jahren in Deutschland leben. Schwarz-Gelb verbaut damit Migrantinnen und Migranten, sich aktiv ins Gemeinwesen einzubringen.

Fazit
Union und FDP reden über mangelnde Integrationsbereitschaft von Migrantinnen und Migranten. Gleichzeitig verschließen sie Türen, statt Wege zu öffnen. Das ist Integrationsverweigerung der schwarz-gelben Bundesregierung.

Integration geht uns alle an

Populistische Debatten über „Multikulti" oder Einwanderungsbewegungen, die es derzeit gar nicht gibt, und die fragwürdige Vermischung von sozialen und religiösen Aspekten lösen die Probleme in Deutschland nicht. Sie sind auch nicht angemessen für ein modernes aufgeklärtes Deutschland.

Leider sind es immer die negativen Schlagzeilen, die eine Diskussion auslösen und nicht die vielen Beispiele gelungener Integration. Es bleibt viel zu tun, doch die Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die Bereitschaft aller, aufeinander zuzugehen und sich gegenseitig zu akzeptieren.

Erfolgreiche Integration ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Ein friedliches und partnerschaftliches Zusammenleben kann auf Dauer nur gelingen, wenn sich Einheimische und Zuwanderer mit gegenseitigem Respekt begegnen. Ein aufrichtiger Dialog schafft die Basis dafür, dass die Menschen in Deutschland ihre Zukunft als eine gemeinsame Zukunft begreifen und gestalten.

Integration braucht Chancen und Regeln
Wir haben Integrationspolitik immer als Gestaltungsaufgabe begriffen. Uns war und ist bewusst, dass ein Einwanderungsland großer und dauerhafter Anstrengungen bedarf. Wir wollen Integration als umfassende soziale und wirtschaftliche Teilhabe – auch jenseits der Frage des Migrationshintergrunds.

Klar ist, dass zur Integration neben dem Fördern auch das Fordern gehört. Das Beherrschen der deutschen Sprache, die Anerkennung der Gesetze und der Respekt vor den Werten unserer Gesellschaft gehören selbstverständlich dazu. Aber ein Wettstreit um die größten Strafen macht mehr kaputt, als die unsachliche Debatte ohnehin schon angerichtet hat.

Wir alle müssen – Deutsche, wie Zugewanderte – daran arbeiten, dass dieses Land zusammenwächst. Um jedem einzelnen die Möglichkeit zu geben, sich weiterzuentwickeln und sein Wissen umzusetzen, bedarf es integrationspolitischer Weichenstellungen des Deutschen Bundestages, aber auch der Bundesländer.

Für die SPD-Bundestagsfraktion gehören dazu:

- die Bildungsmöglichkeiten für alle Schülerinnen und Schüler kontinuierlich zu verbessern und individuelle Förderung auszubauen,
- die Sprachfähigkeiten der Kinder rechtzeitig auszubauen und mangelnde Sprachkenntnisse nicht mit fehlenden Talenten zu verwechseln,
- in der Jugendarbeit zeitgemäße Angebote bereitzuhalten,
- Mittel für Sprach- und Integrationskurse aufstocken,
- im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse im Rahmen eines bundeseinheitlichen Anerkennungsgesetzes anzuerkennen,
- keine Kettenduldungen mehr zuzulassen und
- die doppelte Staatsbürgerschaft für alle Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen.

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT: STEFAN HINTERMEIER, VERA NICOLAY | NOVEMBER 2010

© **FOTOS:** PICTURE-ALLIANCE/DPA - BILDFUNK (SEITE 3/4), BILDERBOX.COM (TITEL, S. 5)

GRAFIK: CHRISTIANE BEYER (TITEL)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Schwarz-Gelb: Klientelpolitik, Verunsicherung, Spaltung

Schwarz-Gelb kürzt bei der Integrationspolitik

SPD BUNDESTAGSFRAKTION